

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD auf Annahme einer EntschlieÙung

Keine alternativen Vertretungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Sozialstandards in allen Bereichen landeseigener Betriebe zu verbessern. Hierzu gehören gesetzlich geregelte Vertretungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wie Betriebsräte oder Personalräte. Alternative Vertretungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit eingeschränkten Rechten und Unsicherheiten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, jenseits gesetzlicher Regelungen, werden abgelehnt. Bei landeseigenen Betrieben soll daher eine Zusammenarbeit mit „alternativen Vertretungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ ausgeschlossen werden.

Begründung

Betriebliche Mitbestimmung ist gelebte Demokratie im Arbeitsleben, Voraussetzung für „Gute Arbeit“ und für eine funktionierende soziale Marktwirtschaft. Demokratische Grundlage hierfür sind Gesetze, das Betriebsverfassungsgesetz und das Berliner Personalvertretungsgesetz. Diese legen verbindliche Regeln mit Rechten und Pflichten für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite fest. Aus wohlüberlegten Gründen wurden in diesen Gesetzen bestimmte Mitbestimmungsrechte und Absicherungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Betriebs festgelegt. Eine Aushöhlung dieser gesetzlichen Grundlage ist nicht akzeptabel. Die Behinderung der Gründung von Betriebsräten und ihrer Arbeit stellt gemäß § 119 des Betriebsverfassungsgesetzes eine Straftat dar. „Alternative Mitbestimmungsgremien“ verfügen mehrheitlich über weniger Einflussmöglichkeiten und über keinerlei rechtliche Absicherung. Oftmals werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genau deshalb durch Falschinformationen, subtile Drohungen

oder Druck dazu gedrängt auf die Gründung einer gesetzeskonformen Interessensvertretung zu verzichten. Das Land Berlin als Arbeitgeber hat eine besondere Vorbildfunktion und Verpflichtung und kann nicht an der Umgehung gesetzlicher Rechte mitwirken.

Berlin, den 29. Oktober 2024

Stettner Prof. Dr. Pätzold
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh Meyer
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD